

Bittermer Anzeiger.

Der „Bittermer Anzeiger“
erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.
Abonnementspreis
beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu
diesem Preise incl. Postaufschlag Bestellungen an.



Der Insertionspreis
beträgt pro einspaltige Zeile 10 Pf., Anzeigen werden bis
Dienstag und Freitag Mittag erbeten.
Alle Anzeigen-Bureau nehmen Inserate für dieses Blatt an.
Einrichtungsaufträge an alle
auswärtigen Blätter werden ohne Preisausschlag vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: J. Glöde in Bitter.

Verlag und Redaktion von J. Glöde in Bitter.

Allerhand Flunkereien.

Es ist selbstverständlich, daß der Besuch Kaiser Wilhelms in England der politischen Kannegelei reichliche Nahrung bietet. Die Windstille in der Politik und die daraus entspringende Nachrichtenbure vest selbst die Tageszeitungen großen Stilles darauf an, ihre Spalten mehr mit Betrachtungen als mit thatächlichen Meldungen zu füllen. Darum kann es nicht wunder nehmen, wenn das ungereimteste Zeug der Ehre, gedruckt zu werden, teilhaftig wird. Betrachtungen, welche sich eigentlich von selbst aufdrängen, werden dabei sorgfältig vermieden, weil dieselben zu wenig interessant sind. Es muß immer etwas möglichst Sensationelles mit unterlaufen.

Obwohl man von politischen Verhandlungen des Kaisers mit englischen Staatsmännern nichts erfährt, so mühten doch eigentlich die englischen Zeitungen darauf hinzuwirken, daß es sich bei dem Besuch darum gehandelt habe, die freundlichen und wohlwollenden Beziehungen Englands zu mitteleuropäischen Dreieunden gewissermaßen zu bestätigen. Dies würde aber zu natürlich und gewöhnlich klingen und darum bleiben die laffenden Bemerkungen hierbei noch lange nicht stehen. Der Wiener Korrespondent des „Standard“ glaubt mit Zuversicht die Ansicht auszudrücken zu dürfen, daß bei dem Besuche des Kaisers in England hauptsächlich die Frage zur Erörterung gestellt sei, wie man Konstantinopel gegen einen russischen Ueberfall sichern und für andere Möglichkeiten Vorkehrung treffen könne, in denen die Türkei eine Hauptrolle spielen würde. Unter dem Fürsten Bismarck, so heißt es in jenem Blatte weiter, war die Politik Deutschlands in Hinsicht auf Konstantinopel eine entschiedene anti-englische. Die in der Nachbarschaft der türkischen Hauptstadt nach den Plänen deutscher Offiziere ausgeführten Befestigungen dienten augenscheinlich dem Zweck, die britische Flotte von der Einfahrt in die Dardanellen auszuschließen und sie abzuhalten, im Moment der Gefahr Hilfe zu bringen. Dagegen vermochte sich eine russische Flotte Konstantinopel fast ohne jedes Hindernis zu nähern. Die Verantwortlichkeit für die in der Sache der Befestigungen besagte selbstmörderische Politik der Türkei ist von den Engländern stets den deutschen Ratgebern des Sultans und dem Fürsten Bismarck zugeschrieben worden. Die von Kaiser Wilhelm II. und seinem jetzigen Kanzler unternommene Initiative zur Wiederanbahnung besserer Beziehungen zu England und das beständige Anwachsen der deutsch-englischen Freundschaftsbeziehungen: anti-englische Politik seitens Deutschlands in der Türkei aus und sichern ferner die Mitwirkung der Türkei zur Erhaltung des bestehenden Zustandes im Mittelmeer, als dessen wesentlichster Punkt die Sicherheit Konstantinopels erscheint.

Das Klingeln beweise so, als ob es wahr sein könnte, ist aber natürlich nichts weiter, als eine Phantasie des betreffenden Schreibers. Würde die jetzige deutsche Regierung im Gegensatz zu den Anforderungen des Fürsten Bismarck eine Frontveränderung der Befestigungen von Konstantinopel für zweckmäßig erachten, so würden dahin zielende Verhandlungen doch nicht mit England, sondern mit dem nächstbeteiligten Staate, mit der Türkei, geführt werden und außerdem käme eine solche Absicht auch schwerlich zur Kenntnis des Wiener „Standard“-Berichterstatters.

Nichts anderes als ebensoviele Flunkerei dürfte ein Bericht der „Polit. Correspond.“ aus Petersburg sein, wonach in den vorliegenden Tagen die Kaiserin Kaiser Wilhelms nach England einen unangenehmen Eindruck gemacht habe. Die Erneuerung des Dreieunden, heißt es, hätte man sich allenfalls gefallen lassen; sie war vorauszu-gehen; sie bildet nur den Vorbehalt eines bestehenden Verhältnisses.

Man hat aber England, welches sich bislang auf eine Zukunftszustand gegenüber den Bestrebungen der europäischen Verhältnisse zu beschränken schien, es für angemessen erachtet, selbst auf die Bühne zu treten, indem es, in mehr oder minder formeller Weise die Verpflichtung übernommen zu haben scheint, die Rechte Italiens im Falle eines Krieges gegen Frankreich zu schützen. Angelehnt dessen laßt man sich in Petersburg, nichts sehe der Annahme entgegen, daß England, nachdem es einmal in ein derartiges Verhältnis zu Italien getreten

ist, im gegebenen Falle auch den Schutz der Räten Deutschlands auf sich nehmen würde. Ist dem aber so, dann stehen Rußland und Frankreich nicht mehr einer Tripel-, sondern einer Quadrupel-Allianz gegenüber. Diese Verstärkung der mitteleuropäischen Staatengruppe durch eine Macht von der maritimen Stellung Englands, welche so viele geographische Bezugsgründe mit Frankreich und Rußland hat und im Kriegsfall einen so bedeutenden Einfluß auf verschiedene europäische und asiatische Staaten auszuüben vermag, sei gewiß nicht zu unterschätzen. Unter diesen Umständen könnte es nicht Wunder nehmen, daß die Nachricht von der Erneuerung des Dreieunden in Petersburg eine tiefere Wirkung hervorgerufen hat.

England schließt keine Bündnisse — alle Parteien des Landes sind dagegen; das weiß man in Rußland und deshalb ist auch die ganze Litze der „Polit. Correspond.“ himfällig.

Zur Sozialgesetzgebung.

Nach dem Erlaß des Invaliditäts- und des Arbeiterkassengesetzes wird man wohl, so schreibt die „Nat.-lib. Correspond.“, allerlei in gewerblichen Kreisen, bei Arbeitgebern und Arbeitlern, wie überhaupt bei allen von diesen Geleuten Betroffenen das Bedürfnis einer längeren Ruhepause in der sozialpolitischen Gesetzgebung empfinden. Bis zu einem gewissen Grade kann die Gesetzgebung jetzt als abgeschlossen gelten, wenn freilich nicht gesagt sein soll, daß nicht die fortwährende Entwicklung wieder neue Bedürfnisse erzeuge. Aber große neue Geleuge auf diesem Gebiet werden wir für die nächste Zukunft nicht zu erwarten haben und sie sind auch nicht zu wünschen. Durch die Unfall-, Kranken- und Invaliditätsversicherung sind die Arbeiter jetzt gegen die äußersten wirtschaftlichen Notlagen sichergestellt, durch die neue Schutzgesetzgebung sind alle berechtigten und durchführbaren Anforderungen erfüllt, welche erweiterte Forderungen gegen eine übermäßige Ausbeutung der Arbeiterkraft, namentlich der schwächeren Elemente, verlangen. In gewissem Sinne ist die „kaiserliche Volkssatz“ jetzt abgeschlossen. Diese in alle gewerblichen Verhältnisse tief eingreifende Gesetzgebung erfordert naturgemäß eine längere Zeit der Einführung und Eingewöhnung; sie hat unserer Industrie ohne Zweifel schwere Opfer auferlegt, die mit der Zeit verwunden werden müssen. Unsere Industrie hat die Kaufen mit anerkennenswerter Willigkeit in der Hoffnung auf die verböndernde Wirkung auf die Arbeiterwelt auf sich genommen, und man darf auch zuversichtlich erwarten, daß sie nicht vergeblich übernommen sein werden. Eine fast widerwillige Anerkennung der Wohlthaten der Sozialgesetzgebung der letzten Jahre zieht sich selbst durch die sozialdemokratische Agitation hindurch. Die anfangs auch in anderen Kreisen weitverbreitete Bewegung gegen die Invaliditätsversicherung mit ihren vielfachen Unklarheiten und Befähigungen beginnt mehr und mehr zu schwinden; die Ausführung des Gesetzes ist, nachdem einmal die ersten Schwierigkeiten überwunden waren, ziemlich glatt von statten gegangen. Aber bei alledem ist doch der Wunsch gerechtfertigt, daß seit eine längere Zeit gewisse Maßnahmen zur Verabfassung gewählt wird. Das hat auch der jüngste national-liberale Delegiertenkongress anerkannt, indem er in seinen Resolutionen, n. a. ausdrücklich eine Ruhepause in der sozialpolitischen Gesetzgebung verlangte. Dadurch soll es aber keineswegs ausgeschlossen sein, daß im einzelnen Verbesserungen und Ergänzungen vorgenommen werden, wo sie sich in der praktischen Anwendung als wünschenswert herausstellen. So liegt dem Reichstag bekanntlich eine umfangreiche Revision des Krankenversicherungsgesetzes vor und auch bei anderen Geleuten werden Änderungen und Ergänzungen nicht zu vermeiden sein. Das hindert aber nicht, daß dem Ruhebedürfnis auf diesem Gebiet in nächster Zeit so viel wie möglich Rechnung getragen wird.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

* In der Adresse, welche dem Kaiser in Guldthall vom Landtage überreicht wurde, heißt es, der Besuch des Monarchen in England sei von allseitiger Vorbereitung für eine fröhliche Dauer der freundschaftlichen und innigen Beziehungen, welche so lange nun unerschütterlichen Vorteil für die Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Wohlstandes, sowie für die Interessen der Zivilisation zwischen den beiden Nationen beizubringen hätten. Die Adresse gibt ferner der Hoffnung Ausdruck, daß dieses glückliche Ein-

vernehmen für alle Zeit andauern möge. — Die Antwort des Kaisers lautete sympathisch zustimmend.

* Am 11. d. fand vor dem Kaiser die „Freiwilligen“-Parade statt, welche überhaupt zustande zu bringen ein Kunststück war. Unwille und Beschämung über die — nun gut deutsch ausgeführt — Unzulänglichkeit der Militärbehörden lassen die englische Presse aller Parteilichhaltungen nicht dazu kommen, die Komit des Schilddürgerstücken mit dieser Revue einzuschätzen. Wie gewöhnlich, ist keiner, weder Kriegsminister noch Oberstkommandirender, noch Generalstab an dem Wirrwarr schuld, Verantwortlichkeit besteht für solche Vorfälle in Englands Meer und Flotte bekanntlich nur auf dem Papier.

* In den höheren Kommandostellen der Armee sollen in diesem Herbst umfangreiche Veränderungen vor sich gehen: 5 kommandierende Generale sollen ihren Abschied entweder schon eingereicht haben oder denselben einzureichen im Begriff stehen. Es sind dies General v. Loß, (8. Armeekorps); General v. Albedyll (7. Armeekorps); der kommandierende General des Generalkorps v. Meerfeldt-Hülsefeldt; General v. d. Burg (2. Armeekorps); der kommandierende General des 14. (sächsischen) Korps v. Hänisch.

* Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Verschiedenen Blättern wird aus Bern gemeldet, der gelegentlich des Münchensteiner Eisenbahnunglücks für eine bestimmte Linie suspendierte Kaiserin sei für aus dem Gefaß über Basel nach Deutschland reisende Personen endgültig aufgehoben worden. Hier ist von einer den Anzweigen betreffenden allgemeiner Anordnung an abgehender Stelle nichts bekannt.

* Der Gefangenwärter betr. die Bestrafung des Schloßhofs, welcher seinen Forderungen bekannt ist und bereits vom Bundesrat angenommen wurde, ist nunmehr dem Reichstag zugegangen.

Oesterreich-Ungarn.

* Die großen Manöver des 2. und 8. kaiserlichen Armeekorps werden, wie nunmehr feststeht, vom 1. bis 7. September dauern und sich in dem Gelände zwischen Waidhofen a. d. Thaya und Schwarzenau abspielen; den Schluß bildet eine am 7. September vor dem Kaiser Franz Joseph und seinen erlauchten Gästen, Kaiser Wilhelm und König Albert von Sachsen, stattfindende Truppenschau, an welcher 70 000 Mann teilnehmen.

* Die beiden Einbrecher welche aus dem Straubauer Korpskommando den Mobilmachungsplan des 1. Korps und einige Armierungspläne stahlen, sind ein Unteroffizier und ein Grenadier des Gernerregiments, beide Tschechen. Aus ihrem umfangreichen Gefändnis ergab sich, daß sie an der russischen Grenze von Offizieren der russischen Grenzwehr mit Einbruchswerkzeugen versehen und zur Durchführung des Einbruchs von einem russischen Offizier nach Straubau begleitet worden waren. Der Offizier, der russische Genschauphmann Nikolaus Chodorowicz, ist in Straubau verhaftet, dann aber über die russische Grenze geschafft worden. Die Frage ist nicht uninteressant: Weshalb ließ man dem aus russischer Zeit ertrappen russischen Spion solche Mühel angedeihen? Es wird schwer halten, die öffentliche Meinung von der Notwendigkeit einer Verschärfung des Strafgesetzes zu überzeugen, wenn man die bestehenden strafrechtlichen Bestimmungen zum Schutze gegen Kundschaffung anzuwenden unterläßt.

* Der Handelsminister Pacaqueum erklärte in Verantwortung verschiedener Interpellationen betr. die Erprobung der Eisenbahnbrücken, die Staatsregierung habe dieser Gelegenheit stets unausgenützte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Linien der Staatsbahnen würden zweimal jährlich revidiert. Er habe die Ueberzeugung, daß die bestehenden Vorschriften eine ausreichende Gewähr böten.

Frankreich.

* Der Marineminister gab in der Budgetkommission bekannt, daß die Erhöhung des Kredits für das Marinebudget für nächstes Jahr 5 800 000 Franc betrage und daß dies durch die rasche Verfertigung der bei der Privatindustrie bestellten Schiffe bedingt sei. Der Bau der Schiffe soll in fünf Jahren in zehn Jahren vollendet werden.

* Die Deputiertenkammer verwarf mit 258 gegen 174 Stimmen den von Pellenat und Giché eingebrachten Antrag auf Erlass einer Amnestie für alle, wegen der Vorgänge bei dem letzten Streik, sowie wegen politischer Vergehen Verurteilten.

* Französische Blätter melden ein bedeutendes Ueber-Ergebnis der diesjährigen Ackerer-

ausbeutung. Dasselbe soll gegen das Vorjahr 21 000 Mann betragen. Es handelt sich um die Jahrestasse 1890, also diejenigen jungen Leute, welche im Jahre 1870 geboren sind. Die Ursache kann mit Sicherheit nur in der größeren Sterblichkeitsziffer der während des Krieges zur Welt gekommenen Kinder liegen. In Deutschland, welches ein Jahr früher aushebt, hat sich in diesem Jahre gleichfalls ein erheblicher Anstieg herausgestellt, selbstredend aus anderer Ursache, indem im Jahre 1871 die Geburtsziffer weitentlich hinter den früheren Jahren zurückgeblieben war.

* In Paris begann am Freitag die Appellverhandlung der Melinitaffäre. Der Gerichtshof beschloß trotz des Einspruchs der Angeklagten den Ausschluß der Öffentlichkeit. Turpin erklärte hierauf, daß er dem Termin nicht beiwohnen werde.

Schweden-Norwegen.

* Das schwedische Geschwader, das nach Kronstadt geht, ist am Freitag vor Stockholm eingetroffen. Bei Sondheim wurde es von einem kleinen schwedischen Geschwader empfangen. Der Admiral Gervais kam mittags nach Stockholm, abends fand beim Minister des Auswärtigen, Graf Levenhaupt, ein Diner zu Ehren der französischen Gäste statt.

Italien.

* Die „Gazzetta Piemontese“ in Mailand meldet angeblich aus zuverlässiger Quelle, es stehe demnach eine Zusammenkunft Caprivi, Rudinis und Salisbury in London bevor.

Rußland.

* Gegenüber anderweitigen Meldungen erklärt die russische Korrespondenz, die Zarenfamilie werde ihre silberne Hochzeit bestimmt in Poperowagen feiern. Von einem Besuche der Kaiserin und des Zarowitsch in Paris sei nichts als die Rede gewesen. Es wurde an letzteren Besuch auch nie ernsthaft geglaubt.

* Eine Dramenmeldung aus Petersburg besagt, daß dort in den höchsten Kreisen wegen des Besuchs des deutschen Kaisers in London eine gewisse Gereiztheit herrschte, die demnach bei Antritt des französischen Geschwaders in Kronstadt in entschiedenen französischen freundschaftlichen Manifestationen zum Ausdruck kommen werde.

* Auf Korfu herrscht neue Gährung unter den Griechen. Täglich werde der Ausbruch neuer Judenverfolgungen befürchtet, nachdem ein großer Teil der ausgewanderten Juden wieder zurückgekehrt sei.

Amerika.

* Der Zustand des nordamerikanischen Staatssekretärs Blaine wird als sehr ernst bezeichnet. Blaine habe seit längerer Zeit keine feste Nahrung mehr zu sich genommen und befinde sich in vorgerückter Behandlung von sechs Ärzten. New Yorker Blätter melden, Blaine habe dem Präsidenten Harrison bereits sein Entlassungsgesuch überreichten lassen.

* Die Angehörigen der chilenischen Kongresspartei in Washington geben bekannt, daß die chilenische Republik die Gültigkeit einer Annäherung von mehreren Millionen, welche der Präsident Palmaeceda in den Ver. Staaten aufzunehmende suchte, nicht anerkennen werde. Sollte es Palmaeceda gelingen, ein Geldbarleben zu erhalten, so würden die Chilenen, die er durch die Nationalbank und Salzbedarfs anbieten lasse, nicht anerkannt werden. — Der Appellgerichtshof in Paris hat die Beschuldigung, welche durch erstinstanzliches Urteil über die von Palmaeceda beschickten chilenischen Kriegsschiffe verhängt war, aufgehoben mit der Begründung, daß die Regierung Palmaeceda von Frankreich als rechtmäßig anerkannt sei.

* Der Ummantlung von Panama auf den Carolinen-Inseln ist in San Francisco eingetroffen, um den Schutz der Ver. Staaten gegen spanische Unterdrückung anzuzufordern. Die Spanier sollen angeblich die Dörfer der Eingeborenen zerstört und die Einwohner niedergeschossen haben. Der Rufstand ist im Wachen. Ein amerikanisches Kriegsschiff geht zum Schutze der auf den Carolinen ansässigen amerikanischen Bürger dorthin ab.

Das Letzt in Oesterreich.

Alljährlich einmal erhebt sich im Wiener Abgeordnetenhause der alte Abg. Dr. Noyer, um eine Rede gegen das Letzt zu halten. So auch am letzten Dienstag. Vom lebhaftesten Teilnahm des Saufes begründet, führte Noyer, wie in den früheren Jahren, Fälle an, wo Verräter wegen Leidenschaftlichkeit erklärten, daß sie sich wegen Leidenschaft-